

A. Leitantrag an den 13. Landesparteitag

A.1. Partei ergreifen!

ÄA.1.10. Änderungsantrag zum Leitantrag – Hartz IV

EinreicherInnen: Pia Barkow, Sarah Buddeberg, Claudia Jobst (LISA Sprecherin), Anja Eichhorn (Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik), Lars Kleba, Daniel Knorr, Fabian Blunck (Sprecher*in LAG queer), Caren Lay, Susanna Karawasnkij, Peter Porsch, Kerstin Köditz, Dagmar Weidauer (LISA Sprecherin), René Strowick, Conny Ernst, Steffi Götze, Silvio Lang, Werner Kujat, Katja Kipping

Der Landesparteitag möge die folgende Änderung beschließen:

Einfügung in Zeilen 87 - 90:

Alt:

Seien es GeringverdienerInnen und NiedriglöhnerInnen, die von ihrer eigenen Arbeit nicht leben können, Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-EmpfängerInnen, die keine Chance erhalten, ihren Lebensstandard selbst zu erwirtschaften, oder Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und deren Rente kaum zum Leben reicht.

Neu:

Seien es GeringverdienerInnen und NiedriglöhnerInnen, die von ihrer eigenen Arbeit nicht leben können, Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Beziehende und Alleinerziehende, die keine Chance erhalten, ihren Lebensstandard selbst zu erwirtschaften, oder Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und deren Rente kaum zum Leben reicht.

Begründung:

20 % aller Familien in Deutschland sind Einelternfamilien. Dabei sind diese viel stärker als Paarelternfamilien von Armut bedroht. Nach Arbeitslosigkeit ist „Alleinerziehend“ das größte Armutsrisiko überhaupt, doppelt so hoch, wie bei nicht allein Erziehenden. 40% aller alleinerziehenden Eltern leben mit ihren Kindern in Armut. Und das, obwohl Alleinerziehende in besonders hohem Maße durch die alleinige Erziehung der Kinder und die alleinige Verantwortung für das Haushaltseinkommen gefordert sind. Eigentlich müssten sie gerade aus diesem Grund besondere Unterstützungsleistungen erhalten und nicht mit einem enorm hohen Armutsrisiko konfrontiert und allein gelassen werden! Insgesamt sind 93 % der Alleinerziehenden Frauen. Infolge der existenziellen Prekarisierung, verbundenen mit erhöhten Armutsrisiken und der vakanten Bedrohung durch Altersarmut betrachten wir es als eine gesellschaftliche Pflicht, Alleinerziehenden umfangreiche Unterstützungsangebote zu unterbreiten. Da diese seit Langem bekannte strukturelle Ungerechtigkeit viel zu oft hinten runter fällt, wollen wir als LINKE uns noch einmal deutlich Positionieren.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____